

Allgemeine Geschäftsbedingungen für Vertrieb und Lieferung (DE)

I. Allgemeine Bestimmungen

1. Für die Rechtsbeziehungen zwischen Lieferer und Besteller im Zusammenhang mit den Lieferungen und/oder Leistungen des Lieferers (im Folgenden: Lieferungen) gelten ausschließlich diese GL. Allgemeine Geschäftsbedingungen des Bestellers gelten nur insoweit, als der Lieferer ihnen ausdrücklich schriftlich zugestimmt hat. Für den Umfang der Lieferungen sind die beiderseitigen übereinstimmenden schriftlichen Erklärungen maßgebend.
2. An Kostenvorschlägen, Zeichnungen und anderen Unterlagen (im Folgenden: Unterlagen) behält sich der Lieferer seine eigentums- und urheberrechtlichen Verwertungsrechte uneingeschränkt vor. Die Unterlagen dürfen nur nach vorheriger Zustimmung des Lieferers Dritten zugänglich gemacht werden und sind, wenn der Auftrag dem Lieferer nicht erteilt wird, diesem auf Verlangen unverzüglich zurückzugeben. Die Sätze 1 und 2 gelten entsprechend für Unterlagen des Bestellers; diese dürfen jedoch solchen Dritten zugänglich gemacht werden, denen der Lieferer zulässigerweise Lieferungen übertragen hat.
3. An Standardsoftware und Firmware hat der Besteller das nicht ausschließliche Recht zur Nutzung mit den vereinbarten Leistungsmerkmalen in unveränderter Form auf den vereinbarten Geräten. Der Besteller darf ohne ausdrückliche Vereinbarung eine Sicherungskopie der Standardsoftware erstellen.
4. Teillieferungen sind zulässig, soweit sie dem Besteller zumutbar sind.
5. Der Begriff „Schadensersatzansprüche“ in diesen GL umfasst auch Ansprüche auf Ersatz vergeblicher Aufwendungen.

II. Preise, Zahlungsbedingungen und Aufrechnung

1. Die Preise verstehen sich ab Werk ausschließlich Verpackung zuzüglich der jeweils geltenden gesetzlichen Umsatzsteuer.
2. Hat der Lieferer die Aufstellung oder Montage übernommen und ist nicht etwas anderes vereinbart, so trägt der Besteller neben der vereinbarten Vergütung alle erforderlichen Nebenkosten wie Reise- und Transportkosten sowie Auslösungen.
3. Zahlungen sind frei Zahlstelle des Lieferers zu leisten.
4. Der Besteller kann nur mit solchen Forderungen aufrechnen, die unbestritten oder rechtskräftig festgestellt sind.

III. Eigentumsvorbehalt

1. Die Gegenstände der Lieferungen (Vorbehaltsware) bleiben Eigentum des Lieferers bis zur Erfüllung sämtlicher ihm gegen den Besteller aus der Geschäftsverbindung zustehenden Ansprüche. Soweit der Wert aller Sicherungsrechte, die dem Lieferer zustehen, die Höhe aller gesicherten Ansprüche um mehr als 10 % übersteigt, wird der Lieferer auf Wunsch des Bestellers einen entsprechenden Teil der Sicherungsrechte freigeben; dem Lieferer steht die Wahl bei der Freigabe zwischen verschiedenen Sicherungsrechten zu.
2. Der Besteller ist berechtigt, die in unserem Eigentum stehende Ware (Vorbehaltsware) im ordentlichen Geschäftsgang weiter zu veräußern. Er tritt uns jedoch bereits jetzt schon alle Forderungen aus dieser Weiterveräußerung ab, gleichgültig, ob die Vorbehaltsware ohne oder nach Verarbeitung weiterveräußert oder ob sie mit einem Grundstück oder mit beweglichen Sachen verbunden wird oder nicht. Wird die Vorbehaltsware nach Verarbeitung oder zusammen mit anderen Waren, die uns nicht gehören, weiterveräußert oder wird sie mit einem Grundstück oder mit beweglichen Sachen verbunden, so gilt die Forderung des Bestellers gegen seine Abnehmer in Höhe des zwischen dem Besteller und uns vereinbarten Lieferpreises für die Vorbehaltsware als abgetreten.
3. Bei Pfändungen, Beschlagnahmen oder sonstigen Verfügungen oder Eingriffen Dritter hat der Besteller den Lieferer unverzüglich zu benachrichtigen.
4. Bei Pflichtverletzungen des Bestellers, insbesondere bei Zahlungsverzug, ist der Lieferer nach erfolglosem Ablauf einer dem Besteller gesetzten angemessenen Frist zur Leistung neben der Rücknahme auch zum Rücktritt berechtigt; die gesetzlichen Bestimmungen über die Entbehrllichkeit einer Fristsetzung bleiben unberührt. Der Besteller ist zur Herausgabe verpflichtet.
In der Rücknahme bzw. der Geltendmachung des Eigentumsvorbehaltes oder der Pfändung der Vorbehaltsware durch den Lieferer liegt kein Rücktritt vom Vertrag, es sei denn, der Lieferer hätte dies ausdrücklich erklärt.

IV. Fristen für Lieferungen; Verzug

1. Die Einhaltung von Fristen für Lieferungen setzt den rechtzeitigen Eingang sämtlicher vom Besteller zu liefernden Unterlagen, erforderlichen Genehmigungen und Freigaben, insbesondere von Plänen, sowie die Einhaltung der vereinbarten Zahlungsbedingungen und sonstigen Verpflichtungen durch den Besteller voraus. Werden diese Voraussetzungen nicht rechtzeitig erfüllt, so verlängern sich die Fristen angemessen; dies gilt nicht, wenn der Lieferer die Verzögerung zu vertreten hat.
2. Ist die Nichteinhaltung der Fristen auf höhere Gewalt, z. B. Mobilmachung, Krieg, Aufruhr, oder auf ähnliche Ereignisse, z. B. Streik, Aussperrung, zurückzuführen, verlängern sich die Fristen angemessen. Gleiches gilt für den Fall der nicht rechtzeitigen oder ordnungsgemäßen Belieferung des Lieferers.
3. Kommt der Lieferer in Verzug, kann der Besteller - sofern er glaubhaft macht, dass ihm hieraus ein Schaden entstanden ist – eine Entschädigung für jede vollendete Woche des Verzuges von je 0,5 %, insgesamt jedoch höchstens 5 % des Preises für den Teil der Lieferungen verlangen, der wegen des Verzuges nicht in zweckdienlichen Betrieb genommen werden konnte.
4. Sowohl Schadensersatzansprüche des Bestellers wegen Verzögerung der Lieferung als auch Schadensersatzansprüche statt der Leistung, die über die in Nr. 3 genannten Grenzen hinausgehen, sind in allen Fällen verzögerter Lieferung, auch nach Ablauf einer dem Lieferer etwa gesetzten Frist zur Lieferung, ausgeschlossen. Dies gilt nicht, soweit in Fällen des Vorsatzes, der groben Fahrlässigkeit oder wegen der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit zwingend gehaftet wird. Vom Vertrag kann der Besteller im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen nur zurücktreten, soweit die Verzögerung der Lieferung vom Lieferer zu vertreten ist. Eine Änderung der Beweislast zum Nachteil des Bestellers ist mit den vorstehenden Regelungen nicht verbunden.
5. Der Besteller ist verpflichtet, auf Verlangen des Lieferers innerhalb einer angemessenen Frist zu erklären, ob er wegen der Verzögerung der Lieferung vom Vertrag zurücktritt oder auf der Lieferung besteht.
6. Werden Versand oder Zustellung auf Wunsch des Bestellers um mehr als einen Monat nach Anzeige der Versandbereitschaft verzögert, kann dem Besteller vor jeden weiteren angefangenen Monat Lagergeld in Höhe von 0,5 % des Preises der Gegenstände der Lieferungen, höchstens jedoch insgesamt 5 %, berechnet werden. Der Nachweis höherer oder niedrigerer Lagerkosten bleibt den Vertragsparteien unbenommen.

V. Gefahrübergang

1. Die Gefahr geht auch bei frachtfreier Lieferung wie folgt auf den Besteller über:
 - a) bei Lieferungen ohne Aufstellung oder Montage, wenn sie zum Versand gebracht oder abgeholt worden sind. Auf Wunsch und Kosten des Bestellers werden Lieferungen vom Lieferer gegen die üblichen Transportrisiken versichert;
 - b) bei Lieferungen mit Aufstellung oder Montage am Tage der Übernahme in eigenen Betrieb oder, soweit vereinbart, nach einwandfreiem Probetrieb.
2. Wenn der Versand, die Zustellung, der Beginn, die Durchführung der Aufstellung oder Montage, die Übernahme in eigenen Betrieb oder der Probetrieb aus vom Besteller zu vertretenden Gründen verzögert wird oder der Besteller aus sonstigen Gründen in Annahmeverzug kommt, so geht die Gefahr auf den Besteller über.

VI. Aufstellung und Montage

Für die Aufstellung und Montage gelten, soweit nichts anderes schriftlich vereinbart ist, folgende Bestimmungen:

1. Der Besteller hat auf seine Kosten zu übernehmen und rechtzeitig zu stellen:
 - a) alle Erd-, Bau- und sonstigen branchenfremden Nebenarbeiten einschließlich der dazu benötigten Fach- und Hilfskräfte, Baustoffe und Werkzeuge,
 - b) die zur Montage und Inbetriebsetzung erforderlichen Bedarfsgegenstände und -stoffe, wie Gerüste, Hebezeuge und andere Vorrichtungen, Brennstoffe und Schmiermittel,
 - c) Energie und Wasser an der Verwendungsstelle einschließlich der Anschlüsse, Heizung und Beleuchtung,
 - d) bei der Montagestelle für die Aufbewahrung der Maschinenteile, Apparaturen, Materialien, Werkzeuge usw. genügend große, geeignete, trockene und verschließbare Räume und für das Montagepersonal angemessene Arbeits- und Aufenthaltsräume einschließlich den Umständen angemessener sanitärer Anlagen; im Übrigen hat der Besteller zum Schutz des Besitzes des Lieferanten und des Montagepersonals auf der Baustelle die Maßnahmen zu treffen, die er zum Schutz des eigenen Besitzes ergreifen würde,
 - e) Schutzkleidung und Schutzvorrichtungen, die infolge besonderer Umstände der Montagestelle erforderlich sind.
2. Vor Beginn der Montagearbeiten hat der Besteller die nötigen Angaben über die Lage verdeckt geführter Strom-, Gas-, Wasserleitungen oder ähnlicher Anlagen sowie die erforderlichen statischen Angaben unaufgefordert zur Verfügung zu stellen.
3. Vor Beginn der Aufstellung oder Montage müssen sich die für die Aufnahme der Arbeiten erforderlichen Beistellungen und Gegenstände an der Aufstellungs- oder Montagestelle befinden und alle Vorarbeiten vor Beginn des Aufbaues so weit fortgeschritten sein, dass die Aufstellung oder Montage vereinbarungsgemäß begonnen und ohne Unterbrechung durchgeführt werden kann. Anfahrwege und der Aufstellungs- oder Montageplatz müssen geebnet und geräumt sein.
4. Verzögern sich die Aufstellung Montage oder Inbetriebnahme durch nicht vom Lieferer zu vertretende Umstände, so hat der Besteller in angemessenem Umfang die Kosten für Wartezeit und zusätzlich erforderliche Reisen des Lieferanten oder des Montagepersonals zu tragen.
5. Der Besteller hat dem Lieferer wöchentlich die Dauer der Arbeitszeit des Montagepersonals sowie die Beendigung der Aufstellung, Montage oder Inbetriebnahme unverzüglich zu bescheinigen.
6. Verlangt der Lieferer nach Fertigstellung die Abnahme der Lieferung, so hat sie der Besteller innerhalb von zwei Wochen vorzunehmen. Geschieht dies nicht, so gilt die Abnahme als erfolgt. Die Abnahme gilt gleichfalls als erfolgt, wenn die Lieferung - gegebenenfalls nach Abschluss einer vereinbarten Testphase - in Gebrauch genommen wurde.

VII. Entgegennahme

Der Besteller darf die Entgegennahme von Lieferungen wegen unerheblicher Mängel nicht verweigern.

VIII. Sachmängel

Für Sachmängel haftet der Lieferer wie folgt:

1. Alle diejenigen Teile oder Leistungen sind nach Wahl des Lieferanten unentgeltlich nachzubessern, neu zu liefern oder neu zu erbringen, die einen Sachmangel aufweisen, sofern dessen Ursache bereits im Zeitpunkt des Gefahrübergangs vorlag.
2. Ansprüche auf Nacherfüllung verjähren in 12 Monaten ab gesetzlichem Verjährungsbeginn; Entsprechendes gilt für Rücktritt und Minderung. Diese Frist gilt nicht, soweit das Gesetz gemäß §§ 438 Abs. 1 Nr. 2 (Bauwerke und Sachen für Bauwerke), 479 Abs. 1 (Rückgriffsanspruch) und 634a Abs. 1 Nr.2 (Baumängel) BGB längere Fristen vorschreibt bei Vorsatz, arglistigem Verschweigen des Mangels sowie bei Nichteinhaltung einer Beschaffenheitsgarantie. Die gesetzlichen Regelungen über Ablaufhemmung, Hemmung und Neubeginn der Fristen bleiben unberührt.
3. Mängelrügen des Bestellers haben unverzüglich schriftlich zu erfolgen.
4. Bei Mängelrügen dürfen Zahlungen des Bestellers in einem Umfang zurückbehalten werden, die in einem angemessenen Verhältnis zu den aufgetretenen Sachmängeln stehen. Der Besteller kann Zahlungen nur zurückbehalten, wenn eine Mängelrüge geltend gemacht wird, über deren Berechtigung kein Zweifel bestehen kann. Ein Zurückbehaltungsrecht des Bestellers besteht nicht, wenn seine Mängelansprüche verjährt sind. Erfolgte die Mängelrüge zu Unrecht, ist der Lieferer berechtigt, die ihm entstandenen Aufwendungen vom Besteller ersetzt zu verlangen.
5. Dem Lieferer ist Gelegenheit zur Nacherfüllung innerhalb angemessener Frist zu gewähren.
6. Schlägt die Nacherfüllung fehl, kann der Besteller - unbeschadet etwaiger Schadensersatzansprüche gemäß Nr. 10 - vom Vertrag zurücktreten oder die Vergütung mindern.
7. Mängelansprüche bestehen nicht bei nur unerheblicher Abweichung von der vereinbarten Beschaffenheit, bei nur unerheblicher Beeinträchtigung der Brauchbarkeit, bei natürlicher Abnutzung oder Schäden, die nach dem Gefahrübergang infolge fehlerhafter oder nachlässiger Behandlung, übermäßiger Beanspruchung, ungeeigneter Betriebsmittel, mangelhafter Bauarbeiten, ungeeigneten Baugrundes oder die aufgrund besonderer äußerer Einflüsse entstehen, die nach dem Vertrag nicht vorausgesetzt sind, sowie bei nicht reproduzierbaren Softwarefehlern. Werden vom Besteller oder von Dritten unsachgemäß Änderungen oder Instandsetzungsarbeiten vorgenommen, so bestehen für diese und die daraus entstehenden Folgen ebenfalls keine Mängelansprüche.
8. Ansprüche des Bestellers wegen der zum Zweck der Nacherfüllung erforderlichen Aufwendungen, insbesondere Transport-, Wege-, Arbeits- und Materialkosten, sind ausgeschlossen, soweit die Aufwendungen sich erhöhen, weil der Gegenstand der Lieferung nachträglich an einen anderen Ort als die Niederlassung des Bestellers verbracht worden ist, es sei denn, die Verbringung entspricht seinem bestimmungsgemäßen Gebrauch.
9. Rückgriffsansprüche des Bestellers gegen den Lieferer gemäß § 478 BGB (Rückgriff des Unternehmers) bestehen nur insoweit, als der Besteller mit seinem Abnehmer keine über die gesetzlichen Mängelansprüche hinausgehenden Vereinbarungen getroffen hat. Für den Umfang des Rückgriffsanspruchs des Bestellers gegen den Lieferer gemäß § 478 Abs. 2 BGB gilt ferner Nr. 8 entsprechend.
10. Schadensersatzansprüche des Bestellers wegen eines Sachmangels sind ausgeschlossen. Dies gilt nicht bei arglistigem Verschweigen des Mangels, bei Nichteinhaltung einer Beschaffenheitsgarantie bei Verletzung des Lebens, des Körpers, der Gesundheit oder der Freiheit und bei einer vorsätzlichen oder grob fahrlässigen Pflichtverletzung des Lieferanten. Eine Änderung der Beweislast zum Nachteil des Bestellers ist mit den vorstehenden Regelungen nicht verbunden. Weitergehende oder andere als in diesem Art. VIII geregelten Ansprüche des Bestellers wegen eines Sachmangels sind ausgeschlossen.

IX. Gewerbliche Schutzrechte und Urheberrechte; Rechtsmängel

1. Sofern nicht anders vereinbart, ist der Lieferer verpflichtet, die Lieferung lediglich im Land des Lieferorts frei von gewerblichen Schutzrechten und Urheberrechten Dritter (im Folgenden: Schutzrechte) zu erbringen. Sofern ein Dritter wegen der Verletzung von Schutzrechten durch vom Lieferer erbrachte, vertragsgemäß genutzte Lieferungen gegen den Besteller berechnete Ansprüche erhebt, haftet der Lieferer gegenüber dem Besteller innerhalb der in Art. VIII Nr. 2 bestimmten Frist wie folgt:
 - a) Der Lieferer wird nach seiner Wahl auf seine Kosten für die betreffenden Lieferungen entweder ein Nutzungsrecht erwirken, sie so ändern, das Schutzrecht nicht verletzt wird, oder austauschen. Ist dies Lieferer nicht zu angemessenen Bedingungen möglich, stehen Besteller die gesetzlichen Rücktritts- oder Minderungsrechte zu.

b) Die Pflicht des Lieferers zur Leistung von Schadensersatz richtet sich nach Art. XI.

c) Die vorstehend genannten Verpflichtungen des Lieferers bestehen nur, soweit der Besteller den Lieferer über die vom Dritten geltend gemachten Ansprüche unverzüglich schriftlich verständigt, eine Verletzung nicht anerkennt und dem Lieferer alle Abwehrmaßnahmen und Vergleichs Verhandlungen vorbehalten bleiben. Stellt der Besteller die Nutzung der Lieferung aus Schadensminderungs- oder sonstigen wichtigen Gründen ein, ist er verpflichtet, den Dritten darauf hinzuweisen, dass mit der Nutzungseinstellung kein Anerkenntnis einer Schutzrechtsverletzung verbunden ist.

2. Ansprüche des Bestellers sind ausgeschlossen, soweit er die Schutzrechtsverletzung zu vertreten hat.

3. Ansprüche des Bestellers sind ferner ausgeschlossen, soweit die Schutzrechtsverletzung durch spezielle Vorgaben des Bestellers, durch eine vom Lieferer nicht voraussehbare Anwendung oder dadurch verursacht wird, dass die Lieferung vom Besteller verändert oder zusammen mit nicht vom Lieferer gelieferten Produkten eingesetzt wird.

4. Im Falle von Schutzrechtsverletzungen gelten für die in Nr. 1 a) geregelten Ansprüche des Bestellers im Übrigen die Bestimmungen des Art. VIII Nr. 4, 5 und 9 entsprechend.

5. Bei Vorliegen sonstiger Rechtsmängel gelten die Bestimmungen des Art. VIII entsprechend.

6. Weitergehende oder andere als die in diesem Art. IX geregelten Ansprüche des Bestellers gegen den Lieferer und dessen Erfüllungsgehilfen wegen eines Rechtsmangels sind ausgeschlossen.

X. Unmöglichkeit; Vertragsanpassung

1. Soweit die Lieferung unmöglich ist, ist der Besteller berechtigt, Schadensersatz zu verlangen, es sei denn, dass der Lieferer die Unmöglichkeit nicht zu vertreten hat. Jedoch beschränkt sich der Schadensersatzanspruch des Bestellers auf 10 % des Wertes desjenigen Teils der Lieferung, der wegen der Unmöglichkeit nicht in zweckdienlichen Betrieb genommen werden kann.

Diese Beschränkung gilt nicht, soweit in Fällen des Vorsatzes, der groben Fahrlässigkeit oder wegen der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit zwingend gehaftet wird; eine Änderung der Beweislast zum Nachteil des Bestellers ist hiermit nicht verbunden. Das Recht des Bestellers zum Rücktritt vom Vertrag bleibt unberührt.

2. Sofern unvorhersehbare Ereignisse im Sinne von Art. IV Nr. 2 die wirtschaftliche Bedeutung oder den Inhalt der Lieferung erheblich verändern oder auf den Betrieb des Lieferers erheblich einwirken, wird der Vertrag unter Beachtung von Treu und Glauben angemessen angepasst. Soweit dies wirtschaftlich nicht vertretbar ist, steht dem Lieferer das Recht zu, vom Vertrag zurückzutreten. Will er von diesem Rücktrittsrecht Gebrauch machen, so hat er dies nach Erkenntnis der Tragweite des Ereignisses unverzüglich dem Besteller mitzuteilen und zwar auch dann, wenn zunächst mit dem Besteller eine Verlängerung der Lieferzeit vereinbart war.

XI. Sonstige Schadensersatzansprüche; Verjährung

1. Schadensersatzansprüche des Bestellers, gleich aus welchem Rechtsgrund, insbesondere wegen Verletzung von Pflichten aus dem Schuldverhältnis und aus unerlaubter Handlung, sind ausgeschlossen.

2. Dies gilt nicht, soweit zwingend gehaftet wird, z. B. nach dem Produkthaftungsgesetz, in Fällen des Vorsatzes, der groben Fahrlässigkeit, wegen der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit oder wegen der Verletzung wesentlicher Vertragspflichten. Der Schadensersatzanspruch für die Verletzung wesentlicher Vertragspflichten ist jedoch auf den vertrags-
typischen, vorhersehbaren Schaden begrenzt, soweit nicht Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit vorliegt oder wegen der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit gehaftet wird. Eine Änderung der Beweislast zum Nachteil des Bestellers ist mit den vorstehenden Regelungen nicht verbunden.

3. Soweit dem Besteller Schadensersatzansprüche zustehen, verjähren diese mit Ablauf der nach Art. VIII Nr. 2 geltenden Verjährungsfrist. Gleiches gilt für Ansprüche des Bestellers im Zusammenhang mit Maßnahmen zur Schadensabwehr (z. B. Rückrufaktionen). Bei Schadensersatzansprüchen nach dem Produkthaftungsgesetz gelten die gesetzlichen Verjährungsvorschriften.

XII. Gerichtsstand und anwendbares Recht

1. Alleiniger Gerichtsstand ist, bei allen aus dem Vertragsverhältnis unmittelbar oder mittelbar sich ergebenden Streitigkeiten der Sitz des Lieferers. Der Lieferer ist jedoch auch berechtigt, am Sitz des Bestellers zu klagen.

2. Für die Rechtsbeziehungen im Zusammenhang mit diesem Vertrag gilt deutsches materielles Recht unter Ausschluss des Übereinkommens der Vereinten Nationen über Verträge über den internationalen Warenkauf (CISG).

XIII. Verbindlichkeit des Vertrages

Der Vertrag bleibt auch bei rechtlicher Unwirksamkeit einzelner Bestimmungen in seinen übrigen Teilen verbindlich. Das gilt nicht, wenn das Festhalten an dem Vertrag eine unzumutbare Härte für eine Partei darstellen würde.

GENERAL CONDITIONS for Sale and Delivery (EN)

I. GENERAL PROVISIONS

1. Legal relations between Supplier and Purchaser in connection with supplies and/or services of the Supplier (hereinafter referred to as „Supplies“) shall be solely governed by the present GL. The Purchaser's general terms and conditions shall apply only if expressly accepted by the Supplier in writing. The scope of delivery shall be determined by the congruent mutual written declarations.
2. The Supplier herewith reserves any industrial property rights and/or Copyrights pertaining to its cost estimates, drawings and other documents (hereinafter referred to as „Documents“). The Documents shall not be made accessible to third parties without the Supplier's prior consent and shall, upon request, be returned without undue delay to the Supplier if the contract is not awarded to the Supplier. Sentences 1 and 2 shall apply mutatis mutandis to the Purchaser's Documents, these may, however, be made accessible to those third parties to whom the Supplier has rightfully subcontracted Supplies.
3. The Purchaser has the non-exclusive right to use Standard Software and firmware, provided that it remains unchanged, is used within the agreed Performance Parameters, and on the agreed equipment. Without express agreement the Purchaser may make one back-up copy of Standard Software.
4. Partial deliveries are allowed. Unless they are unreasonable to accept for the Purchaser.
5. The term “claim for damages“ used in the present GL also includes Claims for indemnification for useless expenditure.

II. PRICES, TERMS OF PAYMENT, AND SET-OFF

1. Prices are ex works and excluding packaging; value added tax shall be added at the then applicable rate.
2. If the Supplier is also responsible for assembly or erection and unless otherwise agreed, the Purchaser shall pay the agreed remuneration and any incidental costs required, e.g. for traveling and transport as well as allowances.
3. Payments shall be made free Supplier's paying office.
4. The Purchaser may set off only those claims which are undisputed or non appealable.

III. RETENTION OF TITLE

1. The items pertaining to the Supplies („Retained Goods“) shall remain the Supplier's property until each and every claim the Supplier has against the Purchaser on account of the business relationship has been fulfilled. If the combined value of the Supplier's security interests exceeds the value of all secured claims by more than 10 %, the Supplier shall release a corresponding part of the security interest. If so requested by the Purchaser, the Supplier shall be entitled to choose which security interest it wishes to release.
2. Goods belonging to us (goods subject to retention of title) may be sold on by the customer in the normal course of business. It hereby already assigns to us all receivables resulting from such resale regardless of whether the goods subject to retention of title are resold without or after processing or are combined with other movable objects or not. If the goods subject to retention of title are sold on after processing or together with other goods which do not belong to us or if they are combined with real estate or movable objects, the customer's receivable from its clients is deemed to be assigned in the amount of the delivery price agreed between the customer and us for the goods which are subject to retention of title.
3. The Purchaser shall inform the Supplier forthwith of any seizure or other act of intervention by third parties.
4. Where the Purchaser fails to fulfill its duties, fails to make payment due, or otherwise violates its obligations the Supplier shall be entitled to rescind the contract and take back the Retained Goods in the case of continued failure following expiry of a reasonable remedy period set by the Supplier; the statutory provisions providing that a remedy period is not needed shall be unaffected. The Purchaser shall be obliged to return the Retained Goods. The fact that the Supplier takes back Retained Goods and/or exercises the retention of title, or has the Retained Goods seized shall not be construed to constitute a rescission of the contract, unless the Supplier so expressly declares.

IV. TIME FOR SUPPLIES; DELAY

1. Times set for Supplies shall only be binding if all Documents to be furnished by the Purchaser, necessary permits and approvals, especially concerning plans, are received in time and if agreed terms of payment and other obligations of the Purchaser are fulfilled. If these conditions are not fulfilled in time, times set shall be extended reasonably; this shall not apply if the Supplier is responsible for the delay.
2. If non-observance of the times set is due to force majeure such as mobilization, war, rebellion or similar events, e.g. strike or lockout, such time shall be extended accordingly. The same shall apply if the Supplier does not receive its own supplies in due time or in due form.
3. If the Supplier is responsible for the delay (hereinafter referred to as „Delay“) and the Purchaser has demonstrably suffered a loss there from, the Purchaser may claim a compensation as liquidated damages of 0.5 % for every completed week of Delay, but in no case more than a total of 5 % of the price of that part of the Supplies which due to the Delay could not be put to the intended use.
4. Purchaser's claims for damages due to delayed Supplies as well as claims for damages in lieu of performance exceeding the limits specified in No.3 above are excluded in all cases of delayed Supplies, even upon expiry of a time set to the Supplier to effect the Supplies. This shall not apply in cases of mandatory liability based on intent, gross negligence, or due to loss of life, bodily injury or damage to health. Rescission of the contract by the Purchaser based on statute is limited to cases where the Supplier is responsible for the delay. The above provisions do not imply a change in the burden of proof to the detriment of the Purchaser.
5. At the Supplier's request, the Purchaser shall declare within a reasonable period of time whether It, due to the delayed Supplies, rescinds the contract or insists on the delivery of the Supplies.
6. If dispatch or delivery, due to Purchaser's request, is delayed by more than one month after notification of the readiness for dispatch was given, the Purchaser may be charged, for every additional month commenced, storage costs of 0.5 % of the price of the items of the Supplies, but in no case more than a total of 5 %. The parties to the contract may prove that higher or, as the case may be, lower storage costs have been incurred.

V. PASSING OF RISK

1. Even where delivery has been agreed freight free, the risk shall Pass to the Purchaser as follows:
 - a) If the Supplies do not include assembly or erection, at the time when the Supplies are shipped or picked up by the carrier. Upon the Purchaser's request, the Supplier shall insure the Supplies against the usual risks of transport at the Purchaser's expense;
 - b) If the Supplies include assembly or erection, at the day of taking over in the Purchaser's own works or, if so agreed, after a fault-free trial run.
2. The risk shall pass to the Purchaser at dispatch, delivery, the start or performance of assembly or erection, the taking over in the Purchaser's own works, or the trial run is delayed for reasons for which the Purchaser is responsible or if the Purchaser has otherwise failed to accept the Supplies.

VI. ASSEMBLY AND ERECTION

Unless otherwise agreed in written form, assembly and erection shall be subject to the following provisions:

1. The Purchaser shall provide at its own expense and in due time.
 - a) All earth and construction work and other ancillary work outside the Suppliers scope, including the necessary skilled and unskilled labor, construction materials and tools,
 - b) the equipment and materials necessary for assembly and commissioning such as scaffolds, lifting equipment and other devices as well as fuels and lubricants,
 - c) energy and water at the point of use including connections, heating and lighting,
 - d) suitable dry and lockable rooms of sufficient size adjacent to the site for the storage of machine parts, apparatus, materials, tools, etc. and adequate working and recreation rooms for the erection personnel, including sanitary facilities as are appropriate in the specific circumstances; furthermore, the Purchaser shall take all measures It would take for the protection of its own possessions to protect the possessions of the Supplier and of the erection personnel at the site,
 - e) protective clothing and protective devices needed due to particular conditions prevailing on the specific site.
2. Before the erection work starts, the Purchaser shall unsolicited make available any Information required concerning the location of concealed electric power, gas and water lines or of similar installations as well as the necessary structural data.
3. Prior to assembly or erection, the materials and equipment necessary for the work to start must be available on the site of assembly or erection and any preparatory work must have advanced to such a degree that assembly or erection can be started as agreed and carried out without interruption. Access roads and the site of assembly or erection must be level and clear.
4. If assembly, erection or commissioning is delayed due to circumstances for which the Supplier is not responsible, the Purchaser shall bear the reasonable costs incurred for idle times and any additional traveling expenditure of the Supplier or the erection personnel.
5. The Purchaser shall attest to the hours worked by the erection personnel towards the Supplier at weekly intervals and the Purchaser shall immediately confirm in written form if assembly, erection or commissioning has been completed.
6. If, after completion, the Supplier demands acceptance of the Supplies, the Purchaser shall comply therewith within a period of two weeks In default thereof, acceptance is deemed to have taken place. Acceptance is also deemed to have been effected If the Supplies are put to use, after completion of an agreed test phase, if any.

VII. RECEIVING SUPPLIES

The Purchaser shall not refuse to receive Supplies due to minor defects

VIII. DEFECTS AS TO QUALITY

The Supplier shall be liable for defects as to quality („Sachmangel“, hereinafter referred to as „Defects“.) as follows¹

1. Defective parts or defective services shall be, at the Supplier's discretion, repaired, replaced or provided again free of charge, provided that the reason for the Defect had already existed at the time when the risk passed.
2. Claims for repair or replacement are subject to a statute of limitations of 12 months calculated from the start of the statutory statute of limitations; the same shall apply mutatis mutandis in the case of rescission and reduction. This shall not apply where longer periods are prescribed by law according to Sec. 438 Para. 1 No. 2 (buildings and things used for a building), Sec. 479 Para. 1 (right of recourse), and Sec. 634a Para. 1 No. 2 (defects of a building) German Civil Code („BGB“), in the case of intent, fraudulent concealment of the Defect or non-compliance with guaranteed characteristics (Beschaffenheitsgarantie). The legal provisions regarding suspension of the statute of limitations („Ablaufhemmung“, „Hemmung“) and recommencement of limitation periods shall be unaffected.
3. Notifications of Defect by the Purchaser shall be given in written form without undue delay.
4. In the case of notification of a Defect, the Purchaser may withhold payments to an amount that is in a reasonable proportion to the Defect. The Purchaser, however, may withhold payments only if the subject-matter of the notification of the Defect involved is justified and incontestable. The Purchaser has no right to withhold payments to the extent that its claim of a Defect is time-bar-red. Unjustified notifications of Defect shall entitle the Supplier to demand reimbursement of its expenses by the Purchaser.
5. The Supplier shall be given the opportunity to repair or to replace the defective good („Nacherfüllung“) within a reasonable period of time.
6. If repair or replacement is unsuccessful, the Purchaser is entitled to rescind the contract or reduce the remuneration; any claims for damages the Purchaser may have according to No. 10 shall be unaffected.
7. There shall be no claims based an Defect in cases of insignificant deviations from the agreed quality, of only minor impairment of usability, of natural wear and tear, or damage arising after the passing of risk from faulty or negligent handling, excessive strain, unsuitable equipment, defective civil works, inappropriate foundation soil, or claims based on particular external influences not assumed under the contract, or from non-reproducible software errors. Claims based a defect attributable to improper modifications or repair work carried out by the Purchaser or third parties and the consequences thereof are likewise excluded.
8. The Purchaser shall have no claim with respect to expenses incurred in the course of supplementary performance, including costs of travel, transport, labor, and material, to the extent that expenses are increased because the subject-matter of the Supplies has subsequently been brought to another location than the Purchaser's branch office, unless doing so complies with the normal use of the Supplies.
9. The Purchaser's right of recourse against the Supplier pursuant to Sec. 478 BGB is limited to cases where the Purchaser has not concluded an agreement with its customers exceeding the scope of the statutory provisions governing claims based on Defects. Moreover, No. 8 above shall apply mutates mutandis to the scope of the right of recourse the Purchaser has against the Supplier pursuant to Sec. 478 Para. 2 BGB.
10. The Purchaser shall have no claim for damages based on Defects. This shall not apply to the extent that a Defect has been fraudulently concealed, the guaranteed characteristics are not complied with, in the case of loss of life, bodily injury or damage to health, restrictions to liberty and/or intentionally or grossly negligent breach of contract on the part of the Supplier The above provisions do not imply a change in the burden of proof to the detriment of the Purchaser. Any other or additional claims of the Purchaser exceeding the claims provided for in this Article VIII. based on a Defect, are excluded

IX. INDUSTRIAL PROPERTY RIGHTS AND COPYRIGHT; DEFECTS IN TITLE

1. Unless otherwise agreed, the Supplier shall provide the Supplies free from third parties' industrial property rights and copyrights (hereinafter referred to as „IPR“) with respect to the country of the place of delivery only. If a third party asserts a justified claim against the Purchaser based on an infringement of an IPR by the Supplies made by the Supplier end used in conformity with the contract, the Supplier shall be liable to the Purchaser within the time period stipulated in Article VIM No. 2 as follows:
 - a) The Supplier shall choose whether to acquire, at its own expense, the right to use the IPR with respect to the Supplies concerned or whether to modify the Supplies such that they no longer infringe the IPR or replace them. If this would be impossible for the Supplier under reasonable conditions, the Purchaser may rescind the contract or reduce the remuneration pursuant to the applicable statutory provisions.
 - b) The Supplier's liability to pay damages is governed by Article XI.

- c) The above obligations of the Supplier shall apply only if the Purchaser (i) immediately notifies the Supplier of any such claim asserted by the third party in written form, (ii) does not concede the existence of an infringement and (iii) leaves any protective measures and settlement negotiations to the Supplier's discretion. If the Purchaser stops using the Supplies in order to reduce the damage or for other good reason, it shall be obliged to point out to the third party that no acknowledgement of the alleged infringement may be inferred from the fact that the use has been discontinued.
2. Claims of the Purchaser shall be excluded if it is responsible for the infringement of an IPR.
 3. Claims of the Purchaser are also excluded if the infringement of the IPR is caused by specifications made by the Purchaser, by a type of use not foreseeable by the Supplier or by the Supplies being modified by the Purchaser or being used together with products not provided by the Supplier.
 4. In addition, with respect to claims by the Purchaser pursuant to No. 1 a) above, Article VIM Nos. 4, 5, and 9 shall apply mutatis mutandis in the event of an infringement of an IPR.
 5. Where other defects in title occur, Article VIM shall apply mutatis mutandis.
 6. Any other claims of the Purchaser against the Supplier or its agents or any such claims exceeding the claims provided for in this Article IX, based on a defect in title, are excluded.

X. IMPOSSIBILITY OF PERFORMANCE; ADAPTATION OF CONTRACT

1. To the extent that delivery is impossible, the Purchaser is entitled to claim damages, unless the Supplier is not responsible for the impossibility. The Purchaser's claim for damages is, however, limited to an amount of 10 % of the value of the part of the Supplies which, owing to the impossibility, cannot be put to the intended use. This limitation shall not apply in the case of mandatory liability based on intent, gross negligence or loss of life, bodily injury or damage to health; this does not imply a change in the burden of proof to the detriment of the Purchaser. The Purchaser's right to rescind the contract shall be unaffected.
2. Where unforeseeable events within the meaning of Article IV No. 2 substantially change the economic importance or the contents of the Supplies or considerably affect the Supplier's business, the contract shall be adapted taking into account the principles of reasonableness and good faith. To the extent this is not justifiable for economic reasons, the Supplier shall have the right to rescind the contract. If the Supplier intends to exercise its right to rescind the contract, it shall notify the Purchaser thereof without undue delay after having realized the repercussions of the event; this shall also apply even where an extension of the delivery period has previously been agreed with the Purchaser.

XI. OTHER CLAIMS FOR DAMAGES; STATUTE OF LIMITATIONS

1. The Purchaser has no claim for damages based on whatever legal reason, including infringement of duties arising in connection with the contract or tort.
2. The above shall not apply in the case of mandatory liability, e. g. under the German Product Liability Act („Produkthaftungsgesetz“), in the case of intent, gross negligence, loss of life, bodily injury or damage to health, or breach of a condition which goes to the root of the contract („wesentliche Vertragspflichten“). However, claims for damages arising from a breach of a condition which goes to the root of the contract shall be limited to the foreseeable damage which is intrinsic to the contract, unless caused by intent or gross negligence or based on a liability for loss of life, bodily injury or damage to health. The above provision does not imply a change in the burden of proof to the detriment of the Purchaser.
3. To the extent that the Purchaser has a claim for damages, it shall be time-barred upon expiration of the statute of limitations pursuant to Article VIII No. 2. The same shall apply to the Purchaser's claims in connection with actions undertaken to avoid any damage (e. g. callback). In the case of claims for damages under the German Product Liability Act, the statutory statute of limitations shall apply.

XII. VENUE AND APPLICABLE LAW

1. If the Purchaser is a businessman, sole venue for all disputes arising directly or indirectly out of the contract shall be the Supplier's place of business. However, the Supplier may also bring an action at the Purchaser's place of business.
2. Legal relations existing in connection with this contract shall be governed by German substantive law, to the exclusion of the United Nations Convention on contracts for the International Sale of Goods (CISG).

XIII. SEVERABILITY CLAUSE

The legal invalidity of one or more provisions of this Agreement in no way affects the validity of the remaining provisions. This shall not apply if it would be unreasonable for one of the parties to be obligated to continue the contract.

Conditions générales de vente, de distribution et de livraison (FR)

I. Conditions générales

1. Ces CG s'appliquent exclusivement aux relations juridiques existant entre le fournisseur et l'acheteur, et ce pour toutes les livraisons ou autres prestations effectuées de la part du fournisseur (dénommées ci-après « livraisons »). Pour être valables, les conditions générales de l'acheteur doivent être acceptées explicitement par écrit par le fournisseur. L'étendue de la livraison est fixée par la confirmation écrite et concordante des deux parties.
2. Le fournisseur garde la totalité du droit de propriété, des copyright pour tous les documents mis à disposition tels que les applications, les devis, les esquisses et autres (dénommés ci-après « documents »). Les documents ne peuvent être mis à disposition de tiers qu'après l'accord préalable du fournisseur et doivent lui être restitués dès qu'il l'exige et lorsque le contrat ne lui a pas été attribué. Les phrases 1 et 2 s'appliquent également pour les documents mis à disposition par le l'acheteur, ceux-ci peuvent toutefois être transmis à des tiers auxquels le fournisseur a délégué des tâches en conformité avec le contrat.
3. L'acheteur a un droit d'utilisation non exclusif des logiciels standard et des micrologiciels, à condition de les utiliser sans les modifier, à la performance prévue et sur les appareils convenus. L'acheteur est autorisé à effectuer une copie de sécurité du logiciel standard sans l'accord préalable.
4. Les livraisons partielles sont permises dans la mesure où elles sont supportables pour l'acheteur.
5. Le terme de droit à des dommages-intérêts dans les présentes CG comprend également le droit à des indemnisations pour des applications inutiles.

II. Prix, conditions de paiement et renchérissement

1. Les prix sont fixés au prix départ usine, sans compter l'emballage et hors TVA.
2. Si le fournisseur est aussi responsable de l'installation ou du montage et que rien d'autre n'a été convenu, l'acheteur doit prendre en charge tous les frais supplémentaires encourus, par exemple pour le transport ou pour le dégageant.
3. Les paiements doivent être effectués en franco à l'adresse du fournisseur.
4. L'acheteur peut uniquement faire valoir des prétentions si elles ne sont pas discutables ou fondées juridiquement.

III. Droit de la propriété

1. Les objets livrés (marchandise) restent propriété du fournisseur jusqu'à ce qu'il ait rempli toutes les dispositions fixées dans le contrat. Dans la mesure où la valeur de tous les droits d'assurance sont à charge du fournisseur et que le montant de toutes les prétentions assurées dépasse 10%, le fournisseur cède les droits d'assurance à l'acheteur si ce dernier le demande; le fournisseur se garde le choix des droits d'assurance qu'il cède.
2. L'acheteur est autorisé à vendre les objets nous appartenant (marchandise) selon la marche normale des affaires. Il nous cède toutefois toutes ses créances issues de la revente, que la marchandise ait été revendue sans ou avec une transformation ou qu'elle ait été intégrée à une chose immobilière ou mobilière. Lorsque l'acheteur revend la marchandise à son client au montant que nous avons fixé avec l'acheteur, alors la créance de l'acheteur est jugée cédée que la marchandise soit revendue après une transformation, avec des objets qui ne nous appartiennent pas ou qu'elle soit intégrée à des biens mobiliers ou immobiliers.
3. L'acheteur doit aviser immédiatement le fournisseur en cas de saisie, de perquisition, d'autres procédures ou interventions de tiers.
4. Si l'acheteur est en retard de paiement, le fournisseur se garde le droit de reprendre son bien après un délai convenable. Les prescriptions légales en matière de respect des délais s'appliquent ici. L'acheteur est tenu de rendre la marchandise. Le fournisseur ne résilie pas le contrat, à moins qu'il ne le mentionne expressément, lorsqu'il exige le retour de l'objet ou qu'il fait valoir son droit de propriété ou d'indemnisation.

IV. Délais de livraison; demeure

1. Le respect des délais de livraison implique la mise à disposition, de la part de l'acheteur, des documents, des autorisations nécessaires, des plans, du respect des conditions de paiement ainsi que toute autre obligation de la part de l'acheteur. Lorsque ces conditions ne sont pas remplies à temps, le délai est prolongé d'une période égale au retard. Ces conditions ne s'appliquent pas lorsque le fournisseur répond du retard.
2. Si le retard est dû à des événements exceptionnels, par exemple en cas de guerre, de manifestation ou autres, les délais sont prolongés proportionnellement. Le même principe s'applique lorsque les livraisons sont tardives pour le fournisseur.
3. Si le fournisseur est en retard pour la livraison, l'acheteur peut, dans la mesure où il prouve que ce retard lui a causé un dommage, exiger, pour chaque semaine de retard, un dédommagement 0,5 %, mais d'un montant maximal de 5 %, de la valeur de la marchandise non livrée.
4. Les prétentions à des dommages-intérêts en lieu et place de la livraison ou un dédommagement pour un retard qui dépasse les limites citées au numéro 3 sont exclues, même si le fournisseur ne respecte pas le délai fixé. Cette règle ne s'applique pas en cas de négligence, de faute grave ou en cas d'atteinte à la vie, au corps ou à la santé. D'après la loi, l'acheteur peut uniquement résilier le contrat si l'on prouve que le fournisseur répond du retard de la livraison. Une preuve à la décharge du fournisseur ne permet pas l'application des points cités ci-dessus.
5. A sa demande, l'acheteur doit informer le fournisseur dans un délai convenu qu'il résilie le contrat ou qu'il désire une autre livraison de la marchandise.
6. Si l'acheteur a connaissance est finie et que ce dernier ne désire pas la recevoir après un mois ou plus, le fournisseur est en droit de taxer, pour chaque mois supplémentaire, l'entreposage de la marchandise à hauteur de 0,5 % du montant total, mais de 5 % de ce montant au maximum. La preuve de coûts d'entreposage supérieurs ou inférieurs est à charge de preuve des parties.

V. Transfert des risques

1. Le risque est transféré à l'acheteur dans les cas suivants:
 - a) Lorsque la marchandise est reçue par l'acheteur, si la livraison ne comprend pas de construction ni de montage. Si l'acheteur le désire, les livraisons sont assurées contre les risques usuels du transport à ses frais.
 - b) Lorsque la marchandise peut être exploitée ou que l'essai a été réussi si la livraison comprend la construction ou le montage.
2. Le risque est transféré à l'acheteur si l'envoi, la livraison, la mise en marche ou à l'essai ou encore la construction et le montage sont retardés par sa faute.

VI. Construction et montage

Si rien d'autre n'a été convenu par écrit, les conditions suivantes s'appliquent pour la construction ou le montage:

1. l'acheteur doit prendre en charge à temps:
 - a) tous les travaux de terrassement, de construction ou autres travaux qui ne relèvent pas de la compétence du fournisseur, ainsi que toutes les aides techniques, matériaux et outils.
 - b) tous les matériaux, équipements, appareils de levage et autres objets tels que les combustibles et les lubrifiants nécessaires au montage et à la mise en service.

- c) l'approvisionnement en électricité, en eau, en chauffage et en éclairage du lieu d'installation.
 - d) des locaux adaptés, proches du site et de taille convenable, résistant à l'humidité et pouvant être fermés pour le stockage des machines, des appareils, des matériaux, des outils, etc.; des salles de travail et de repos adaptées pour le personnel de montage et munies des installations nécessaires. L'acheteur doit prendre toutes les mesures nécessaires pour garantir la sécurité des biens du fournisseur ainsi que ceux du personnel de montage.
 - e) des vêtements et éléments de protection nécessaires à l'environnement du montage.
2. Avant de démarrer la construction, l'acheteur doit, de sa propre initiative, mettre à disposition les informations nécessaires à l'approvisionnement en eau, en électricité, en gaz ainsi qu'aux installations disponibles.
 3. Avant le début du montage, tous les matériaux et les équipements nécessaires pour commencer les travaux doivent être disponibles sur le site de montage, ou la préparation doit être suffisamment avancée pour que les travaux puissent débiter à la date convenue et se dérouler sans accroc. Les routes pour accéder au site d'assemblage doivent être planes et dégagées.
 4. Si l'assemblage, le montage ou la mise en service est retardée et que le fournisseur n'en répond pas, l'acheteur doit, dans les limites du raisonnable, prendre en charge les frais dus à l'attente. Cela comprend aussi les frais dus aux voyages supplémentaires du fournisseur ou du personnel de montage.
 5. L'acheteur doit informer le fournisseur toutes les semaines et par écrit de la durée du travail du personnel de montage ainsi que de l'avancement des travaux, s'ils sont terminés ou de la mise en service.
 6. Si le fournisseur exige de l'acheteur qu'il prenne possession de la marchandise une fois les travaux terminés, il doit avertir ce dernier deux semaines avant la fin du travail. Passé ce délai, la réception est considérée comme effectuée. La réception est également considérée comme effectuée lorsque la marchandise est mise en service ou que les essais ont réussi.

VII. Réception

L'acheteur ne peut pas refuser la livraison à cause de défauts mineurs.

VIII. Défauts

Les dispositions suivantes s'appliquent:

1. Si le défaut date d'avant le transfert du risque, le fournisseur est tenu, au choix, de réparer, livrer à nouveau, reproduire tous les éléments et prestations défectueux.
2. Toute prétention à une réparation ou à un remplacement est limitée à 12 mois, calculée selon les bases légales en matière de prescription; le même principe s'applique en cas de réduction ou de résiliation. Ce délai ne s'applique pas lorsque la loi prévoit des délais plus longs aux termes de l'art. 438, al. 1 N° 2 (constructions et choses pour constructions), 479 Abs. 1 (droit de recours) et 634a Abs. 1 N° 2 (défauts de construction), lorsqu'un défaut a été caché ou que les garanties convenues n'ont pas été respectées. Les prescriptions légales en matière d'expiration, de suspension ou de reprise des délais de prescription s'appliquent ici.
3. Les constats de défaut établis par l'acheteur doivent être immédiatement signalés par écrit.
4. Lorsqu'un défaut est signalé, l'acheteur peut réduire le paiement proportionnellement aux défauts. L'acheteur peut refuser le paiement s'il a signalé le défaut et qu'il ne fait pas de doute. L'acheteur ne peut pas refuser le paiement lorsque le délai de prescription est passé. Lorsqu'un défaut signalé n'est pas justifié, le fournisseur est autorisé à exiger le remboursement des coûts.
5. Le fournisseur doit pouvoir réparer le défaut dans un délai convenable.
6. Si le fournisseur ne parvient pas à remplacer l'objet défectueux, l'acheteur peut résilier le contrat ou baisser la rémunération, sans que cela affecte les prétentions à des dommages-intérêts cités au numéro 10 du contrat.
7. Il n'y a pas de défaut: la qualité de l'objet diffère de celle convenue de manière peu significative, lorsque l'utilisation est touchée de manière négligeable; lorsque des défauts surviennent après des intempéries, sont dus à une mauvaise manipulation, une charge trop intense, à l'utilisation de carburants, de travaux de construction, d'un sol de construction inadaptés; lorsqu'ils sont dus à des facteurs externes exceptionnels et non prévus dans le contrat et lorsqu'ils sont causés par une erreur de logiciel non reproductible. Si l'acheteur ou des tiers ont procédé à des travaux de montage ou des modifications, il ne peut pas prétendre à une réparation du défaut de notre part.
8. Le fournisseur peut demander un dédommagement pour les dépenses supplémentaires liées au transport, aux travaux ou au matériel lorsque la marchandise doit être livrée à un autre endroit que celui initialement prévu.
9. Le droit de recours de l'acheteur contre le fournisseur, conformément à l'art. 478 BGB n'est valable que si l'acheteur n'a pas conclu un accord concernant les prétentions pour les défauts supplémentaires à ceux cités dans la loi. Les droits de recours de l'acheteur contre le fournisseur se basent sur l'art 478, al 2 BGB et le numéro 8 de ce texte.
10. Des prétentions en dommages-intérêts pour des défauts restent exclues, sauf si un défaut a été caché, que les caractéristiques garanties n'ont pas été respectées, d'une atteinte à la vie, à l'intégrité physique, à la santé ou à la liberté ou que le fournisseur a intentionnellement négligé le contrat. Ces éléments sont à charge de preuve de l'acheteur. Toute autre prétention que celles prévues à l'art. VIII sont exclues.

IX. Droits de propriété industrielle, copyright et vices juridiques.

1. Sauf convention différente, le fournisseur est tenu d'acquiescer les droits de propriété industrielle et les droits de propriété de la part de tiers (dénommés ci-après « droits de protection »). Si des tiers intentent une action pour violation des droits de protection contre l'acheteur pour un objet utilisé correctement, le fournisseur répond, dans le délai fixé à l'art VIII N° 2, de la manière suivante:
 - a) Le fournisseur peut soit acquiescer les droits d'utilisation requis à ses frais, soit modifier l'objet livré afin qu'il n'enfreigne plus les droits de protection. Si le fournisseur ne peut pas le faire dans des conditions raisonnables, l'acheteur peut alors résilier le contrat ou réduire le paiement dans la mesure des bases légales.
 - b) L'obligation du fournisseur de payer des dommages-intérêts est fixée par l'art. XI.
- c) Les obligations citées s'appliquent uniquement dans la mesure où l'acheteur avertit immédiatement le fournisseur des prétentions de tiers par écrit et que le fournisseur peut se prémunir de tous les droits de défense et de négociation. Si l'acheteur met la marchandise à disposition de tiers pour prévenir le dommage, il est tenu d'avertir ceux-ci que l'utilisation ne peut pas être liée à la prétention de violation des droits de propriété.
2. Des prétentions de l'acheteur sont exclues s'il est responsable de l'infraction aux droits de propriété.
3. Des prétentions de l'acheteur sont aussi exclues dans la mesure où la violation des droits de protection due à une application inadéquate, à une modification de la marchandise ou lorsque la marchandise a été utilisée avec des produits inadaptés.
4. S'il y a une violation des droits de propriété, les dispositions de l'art. VIII N° 4, 5 et 9 s'appliquent pour les prétentions fixées au N° 1a).
5. Lorsque d'autres vices de droit se produisent, les dispositions de l'art. VIII s'appliquent.
6. Toute autre prétention de la part de l'acheteur contre le fournisseur ou de ses employés ou pour un vice de droit est exclue.

X. Impossibilité; modification du contrat

1. Lorsque la livraison ne peut pas être garantie, l'acheteur est autorisé à exiger un dédommagement, sauf si le fournisseur ne répond pas de l'impossibilité. Le dédommagement peut s'élever à un maximum de 10% de la valeur de la marchandise non livrée. Cette limitation n'est pas applicable en cas de faute, négligence ou en cas d'atteinte à la vie ou à la santé, dont répond le fournisseur. Une preuve à la décharge du fournisseur ne permet pas l'application des points cités ci-dessus.
2. Lorsque des événements imprévisibles, au sens de l'art. IV N° 2, modifient l'importance ou le contenu de la marchandise livrée de manière significative, le contrat est adapté en fonction. Le fournisseur est en droit de résilier le contrat si cette modification n'est pas économiquement supportable. S'il désire faire usage de ce droit de résiliation, il doit informer immédiatement l'acheteur dès qu'il a pris connaissance de cette impossibilité.

XI. Autres prétentions en dommages-intérêts; prescription

1. Des prétentions en dommages-intérêts de la part de l'acheteur sont exclues, peu importe la raison et en particulier si le dommage est dû à une utilisation inadéquate.
2. Cette règle ne s'applique pas lorsque la loi sur la responsabilité du produit s'applique en cas de négligence, de faute, d'atteinte à la vie, au physique ou à la santé, et en cas de violation de dispositions essentielles du contrat. La prétention en dommages-intérêts pour la violation de disposition essentielles du contrat est toutefois limitée au dédommagement prévu par le contrat-type, dans la mesure où cette violation ne fait pas suite à une faute, une négligence ou une atteinte à la vie, au physique ou à la santé. Une preuve à la décharge du fournisseur ne permet pas l'application des points cités ci-dessus.
3. Si l'acheteur a droit aux dommages-intérêts, ceux-ci correspondent au délai cité à l'art. VIII N° 2. Le même principe s'applique aux prétentions de l'acheteur liées à la protection (des actions en recours, par exemple). Pour des actions en dommages-intérêts basées sur la loi sur la responsabilité des produits, les délais légaux s'appliquent.

XII. For juridique et droit applicable

1. Le for juridique est le siège du fournisseur pour tous les conflits liés aux contrats. Le fournisseur est toutefois autorisé à déposer une plainte au siège de l'acheteur.
2. Le seul droit applicable est le droit de la République fédérale d'Allemagne, à l'exclusion de la Convention des Nations Unies sur les Contrats de Vente Internationale de Marchandises (CISG).

XIII. Validité du contrat

Le contrat reste valable même si certaines dispositions sont nulles ou superflues. Cette disposition ne s'applique pas si le respect du contrat engrange un coût non raisonnable pour les parties.